

OBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) Entwicklungshilfeabkommen China-Bundesrepublik vorbereitet

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China finden Verhandlungen über ein offizielles Rahmenabkommen über Entwicklungshilfe statt. Bisher einigte man sich schon über die Erteilung von 100 zusätzlichen Langzeit- und 30 Kurzzeit- Stipendien für chinesische Studenten in Deutschland. Vorgesehen sind eine deutsche Unterstützung für den Aufbau eines Patentwesens in China und eines Managementzentrums. Dies berichtete der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Offergeld, in Bonn. Nach seinen Schätzungen dürfte sich die China-Hilfe in diesem Jahr auf rund 15 Mio. DM belaufen. Direkte Kapitalzuschüsse kommen aber gegenwärtig aus dem Entwicklungshilfeeat für China nicht in Betracht, da China nach Ansicht Offergelds in der Lage ist, sich die nötigen Mittel auf den Kapitalmärkten zu beschaffen (NZZ, 18.1.81).

-ga-

WESTEUROPA

(2) Der Verkauf zweier niederländischer U-Boote an Taiwan führt zu schweren Differenzen zwischen Beijing und Den Haag

Am 18. Dezember billigte, wie in C.a. (Dezember 1980, 0 69) bereits gemeldet, das niederländische Parlament den Beschluß der Regierung über den Verkauf zweier U-Boote durch den niederländischen Baukonzern RSV an Taiwan.

Möglicherweise war Den Haag davon ausgegangen, daß Holland genauso von Beijinger Sanktionen verschont bliebe wie die USA, die seit Jahren Waffen an Taiwan liefern. Diese Rechnung ging fehl. Beijing protestierte mit ungewöhnlicher Heftigkeit und zwar zunächst über diplomatische Kanäle. Als die niederländische Regierung jedoch dann am 16. Januar offiziell bekanntgab, ihren Beschluß zur Genehmigung des Verkaufs von U-Booten an Taiwan nicht zurückzunehmen, schlug China eine schärfere Gangart ein. Es forderte die Niederlande auf, eine Herabstufung der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern vorzunehmen, schlug gleichzeitig aber flankierende Verhandlungen zu dieser Frage vor. Außerdem berief das Außenministerium den Botschafter der neun EG-Staaten zu sich, erklärte ihm die Situation und ersuchte ihn, über die EG die Niederlande zu einer Rücknahme des U-Bootabschlusses zu bewegen (XNA, 19.1.81).

Beijing sieht in der Lieferung von U-Booten an Taiwan eine Verletzung der niederländisch-chinesischen Abmachungen anläßlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern i.J. 1972. Darin wurde Taiwan ausdrücklich

als eine Provinz Chinas bezeichnet und die Regierung in Beijing als einzige Vertreterin des gesamten chinesischen Volkes anerkannt. Der Verkauf von U-Booten an die "Taiwan Behörden" sei eine eindeutige Einmischung in innere Angelegenheiten Chinas und verletze dessen Souveränität.

Vom 28. Oktober bis 4. November hatte der niederländische Ministerpräsident Andreas van Agt die VR China besucht und dort u.a. zwei Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie über den Kulturaustausch unterzeichnet (Näheres C.a., Oktober 1980, 0 3). Unter Hinweis auf diesen Besuch weist China nun auf die Doppelzüngigkeit der holländischen Außenpolitik hin: Während van Agt über freundschaftliche Beziehungen gesprochen habe, habe man auf niederländischer Seite heimlich mit den Taiwan-Behörden verhandelt.

Beijing setzt sich mit drei Vorwänden Den Haags auseinander:

- Vorwand Nr.1: Van Agt habe bei seinem Besuch in China bereits Andeutungen zum U-Boot-Verkauf gemacht, habe dabei jedoch keinen Widerspruch erfahren. Diese Darstellung wird jetzt von chinesischer Seite als unwahr bezeichnet.

- Vorwand Nr.2: Es handle sich im wesentlichen um ein Privatgeschäft, bei dem politische Faktoren nur eine untergeordnete Rolle spielten. Dagegen Beijing: Gehörten U-Boot-Geschäfte wirklich zum normalen Handelsaustausch? Trete hier der politische Charakter des Geschäfts nicht besonders deutlich zutage?

- Vorwand Nr.3: Die chinesischen Proteste gegen das Geschäft seien "undeutlich" gewesen. Beijing behauptet demgegenüber, daß seine diplomatischen Schritte nichts an Deutlichkeit hätten zu wünschen lassen.

In diesem Zusammenhang wird erneut bekräftigt, daß Taiwan ein unabtrennbarer Bestandteil des chinesischen Territoriums sei. "Wir dulden es nicht, daß irgendein Land die 'Zwei-China'- oder aber die 'Ein-China-ein-Taiwan'-Theorie vertritt, und wir nehmen es ebenfalls nicht hin, daß ein Land, mit dem China diplomatische Beziehungen unterhält, offizielle Beziehungen zu Taiwan herstellt... oder an Taiwan Waffen verkauft..." (RMRB, 20.1.81).

Die chinesischen Schritte zeigten in Den Haag schnell Wirkung: Am 3. Februar billigte die 2. Kammer des niederländischen Parlaments einen Antrag der Opposition auf Ablehnung der Verkaufsgenehmigung für die zwei U-Boote mit 77:70 Stimmen.

Für die Regierung in Taiwan war das Geschäft mit Holland mehr als nur ein einfacher Liefervertrag. Man betrachtete es dort geradezu als einen "diplomatischen Dammbbruch" (FEER, 26.12.80, S.8 f.).

-we-

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(3) Die Sowjetunion: ein Tiger und zugleich ein Papiertiger

Kurzfristig hat China allen Anlaß, sich von der Sowjetunion bedroht zu sehen, langfristig jedoch wirken, wie die Beijinger Propaganda meint, die inneren Widersprüche in der UdSSR auf eine Schwächung dieses Hauptgegners hin.

- Die "sowjetische Bedrohung ist real... Von zehn Divisionen zu Zeiten Chruschtschows... haben sich die sowjetischen Streitkräfte... heute auf 54 Divisionen erhöht, also eine Million Mann erreicht. Auch in Chinas Nachbarland, der Mongolei, hat die Sowjetunion ihre Truppen stationiert. Sie unterstützt die vietnamesische Aggression gegen Kampuchea und bedroht den Frieden und die Sicherheit der ASEAN-Staaten und im asiatisch-pazifischen Raum. Mit Truppeneinsatz geht sie gegen Afghanistan vor, das eine gemeinsame Grenze mit China hat..." China habe gleichwohl keine Angst, obwohl seine militärische Ausrüstung relativ rückständig ist. "Sollte die UdSSR angreifen, müßte sie mit einem langwierigen Krieg rechnen, einem Krieg, der mindestens zwanzig Jahre dauern würde. Überdies könnte solch ein Krieg nicht isoliert ablaufen... Wenn sie Chinas Xinjiang oder Nordostchina angreifen wolle, würde dies bedeuten, daß sie mit einem Weltkrieg in China begänne. China wünscht den Frieden, hat aber keine Angst vor dem Krieg. Selbst wenn die Sowjetunion Beijing, sogar die Gebiete nördlich des Gelben Flusses besetzte, würde dies lediglich den Beginn des Krieges bedeuten, denn außerhalb gibt es noch zwei Drittel der Bevölkerung... Werden sich die chinesisch-sowjetischen Beziehungen bessern? Dies hängt hauptsächlich davon ab, ob die Sowjetunion ihre sozialimperialistische Politik ändert und auf den Hegemonieanspruch verzichtet" (so BRu 1981, Nr.3, S.3).

- Der Riese, der so starke Muskeln hat, leidet jedoch an Herzschwäche. Die wirtschaftlichen Widersprüche verschärfen sich. Die Sowjetunion, eine politische Supermacht und zweitstärkste Wirtschaftsmacht nach den USA, hat Schwierigkeiten mit Landwirtschaft und Leichtindustrie. Die Gründe dafür lägen, wie in einer ausführlichen Analyse (XNA, 27.12.80 in SWB, 3.1.81) hervorgehoben wird, in der Überbetonung der Schwerindustrie, die zu einer Verzerrung der wirtschaftlichen Verhältnisse führe, vor allem aber in der Militarisierung der Volkswirtschaft. Obwohl das sowjetische Nationaleinkommen nur 67% des amerikanischen beträgt, ist die Sowjetunion den USA auf waffenmäßigem Gebiet ebenbürtig. Schwerindustrie und Rüstung ("Kanonen statt Butter") haben in der Wirtschaftsplanung der Sowjetunion unbedingten Vorrang über Konsumgüter. Die heutige Sowjetunion ist ein militärischer Riese und ein wirtschaftlicher Invalide.

China versucht hier seit den großen Reformen einen anderen Weg zu gehen: Die militärischen Mittel werden gekürzt und die Landwirtschaft sowie die Leichtindustrie erhalten einen höheren Stellenwert eingeräumt. China versucht (ob es gelingt oder nicht, ist eine andere Frage), Wettbewerb und Ansporn im wirtschaftlichen Leben anstelle bürokratischer Regelungen einzusetzen.

Vor dem Hintergrund dieser neuen Politik Chinas, die auch den unmittelbaren Bedürfnissen der Bevölkerung stärker entgegenkommt (die Diskussion über die "Bedürfnisse" als Grundgesetz der sozialistischen Wirtschaftspolitik bestimmte die letzten Monate), muß der fortdauernde stalinistische Kurs der Sowjetunion als zutiefst abträglich erscheinen.

Ein neues Thema im sino-sowjetischen Konflikt ist der Vorwurf Beijings an Moskau, sich in Tibet einzumischen (RMRB, 2.1.81). Noch 1961 habe die Sowjetunion eingeräumt, daß Tibet für immer ein untrennbarer Teil der Volksrepublik sei. Heute dagegen habe sich die sowjetische Haltung von Grund auf geändert. Moskau bestreite nun, daß Tibet ein Teil des chinesischen Territoriums sei, und versuche, China zu "zerstückeln". Wie dies allerdings praktisch vonstatten gehen soll, wird in dem Kommentar nicht erläutert.

-we-

AFRIKA UND NAHOST

(4) Die "Wiedererweckung" des Islam, die Mittelost-Problematik und die Feiern zum Beginn des 15. islamischen Jahrhunderts

Ende Januar 1981 fand die III. Islamische Gipfelkonferenz statt, und zwar in Mekka. 28 Staatsoberhäupter, 9 weitere Staatsmänner und PLO-Chef Arafat sowie ein Vertreter der "Islamischen Allianz für die Befreiung von Afghanistan" nahmen an der viertägigen Tagung teil und erließen am Schluß die "Mekka-Deklaration" über die drei Fragen Afghanistan, Jerusalem und Palästina. Die Volkszeitung (RMRB, 30.1.81) greift von diesen drei Punkten vor allem die Afghanistan-Diskussion heraus. Die islamischen Außenminister hätten bereits auf einer Außerordentlichen Konferenz im Januar 1980, ferner auf ihrer 11. und 12. regulären Konferenz im Laufe des Jahres 1980 die Okkupationspolitik der Sowjetunion in Afghanistan scharf verurteilt und die Sowjettruppen zum Rückzug aufgefordert. Diese Erklärungen seien durch die jetzige Gipfelkonferenz erneut bestätigt worden. Auf dieser Konferenz sei die "militante Solidarität von 700 Millionen Moslems in ihrem Kampf gegen Hegemonismus und israelischen Expansionismus zur Schau gestellt" worden.

Auch die Verlegung der israelischen Regierung nach Jerusalem und die Anlegung dreier neuer Siedlungen am Westufer des Jordan wurde vom Kommentator mißbilligt - aber eben nur am Rande.

China kann freilich nicht übersehen, daß es unter den islamischen Ländern auch Konflikte gibt. Vier der 42 ICO (Islamic Conference Organization)-Mitglieder waren beispielsweise nicht anwesend, nämlich Libyen, der Iran, Ägypten und das Karmal-Regime Afghanistans. Ägypten war wegen seiner Gespräche mit Israel ausgeschlossen worden, Iran nahm nicht teil, weil der irakische Präsident Saddam Hussein anwesend war, das Karmal-Regime war als "Lakai der Sowjetunion" ausgeschlossen und Libyen boykottierte die Konferenz wegen angeblich allzu enger Anbindung des Gastgebers Saudi-Arabien an die USA.

Trotz solcher Differenzen will China allerdings die Gefahr von außen als die Hauptsache und die inneren Dispute nur als Nebensache betrachten (XNA, 29.1.81). Nach wie vor bestehe unter den Völkern der islamischen Welt der Wunsch nach Zusammenschluß. Dies habe sich u.a. darin gezeigt, daß die Gipfelkonferenz in Mekka einen Sonderausschuß etablierte, der für die Schlichtung des iranisch-irakischen Konflikts sorgen soll. China betrachtet den Krieg am Golf als ein Unglück nicht nur für die beteiligten Völker, sondern auch für die Einheit der islamischen Länder in ihrem Kampf gegen die Hegemonie, schließlich aber vor allem deshalb, weil dieser Konflikt den Sowjets die Möglichkeit verschaffe, sich in die Angelegenheiten der islamischen Staaten sowie der Region Mittelost weiter einzumischen. Aus der Sicht Chinas trägt der Konflikt zwischen Iran und Irak folgende Hauptmerkmale:

Beide Seiten setzen ihre Land-, See- und Luftstreitkräfte ein, beide Seiten konzentrieren ihre Angriffe auf Militärbasen, Industriestädte, besonders Erdölanlagen und Teile der Hauptstädte beider Länder. Die heftigsten Kämpfe finden in der Nähe des Shat-alArab statt. Der Krieg ist wahrscheinlich auch kein rascher Entscheidungskrieg. Beide Länder haben inzwischen schwere Verluste an Menschen, Material, vor allem aber an Infrastruktur erlitten. Die Ölfelder beider Länder wurden bombardiert, und beide mußten den Öllexport einstellen. Die Rohölversorgung der Welt ging um etwa 3,5 Mio. Barrel pro Tag zurück. Die westlichen Länder sehen ihre Ölinteressen im Golfgebiet gefährdet, wenn der Konflikt weitergeht. Westeuropa und Japan müssen besorgt sein über die Durchfahrt in der Straße von Hormuz, die 60-70% ihrer Öllieferungen passieren. Durch den Krieg wurde die ohnehin komplizierte Lage im Golfgebiet noch weiter verschärft. Kettenreaktionen in den Nachbarländern sind nicht ausgeschlossen. Afghanistan gerät fast in Vergessenheit. Auch das Palästina-Problem, die Kernfrage im Nahen Osten, droht zur Nebensache zu werden. Vor allem aber werden die Sowjets versuchen, aus der Lage Kapital zu schlagen. Eins ihrer Mittel besteht darin, an den Irak weiter Waffen zu liefern. Gleichzeitig boten sie aber auch dem Iran Waffennachschub an. China hatte schon im September mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß die USA gleich nach dem Ausbruch des iranisch-irakischen Konflikts vier Flugzeuge mit dem Airborne Warning and Control System (AWACS) nach Saudi-Arabien entsandt hatten, um dessen wichtige Ölfelder verteidigen zu helfen. Mit Beifall bedachte Beijing auch die Entsendung des amerikanischen Flugzeugträgers "Midway" sowie eines Konvois von fünf Geleitschiffen in den Golf von Oman. Sympathie äußerten die Chinesen auch für Oman und seine Seestreitkräfte, die ständig den Patrouillendienst in der Straße von Hormuz besorgen. Von Anfang an plädierte Beijing dafür, daß der Konflikt zwischen Irak und Iran so bald wie möglich beendet wird.

Auch die Spannungen zwischen Syrien und Jordanien, die vor allem im November 1980 fühlbar wurden, haben in Beijing Besorgnis ausgelöst. China hofft, daß sich die Differenzen im Interesse der Einigkeit der Mittelost-Völker bald legen. Die Beratungen auf der islamischen Gipfelkonferenz könnten ein erster Schritt dazu sein. Dies drückte Zhao Ziyang auch in seinem Glückwunschsreiben anläßlich der Eröffnung der Konferenz aus (XNA, 24.1.81).

Am 24. Januar fand ferner in der großen Halle des Volkes in Beijing ein Empfang für die Botschafter derjenigen Staaten statt, die der Organisation der islamischen Konferenz angehören - insgesamt 27 Staaten. Die chinesische Seite war mit drei Ministern vertreten und hatte auch Zhang Jie, den Präsidenten der "Islamischen Vereinigung Chinas", entsandt (XNA in SWB, 26.1.81).

-we-

(5) Gegen "Libyens Intervention" im Tschad

Am 6. Januar 1980 veröffentlichten Libyen und die Übergangsregierung der Nationalen Einheit des Tschad ein gemeinsames Kommuniqué, demzufolge beide Länder beschlossen hätten, sich zu einem Staat zusammenzuschließen.

Gegen diesen Schritt protestierte die OAU, die am 14. Januar in Lomé eine Dringlichkeitssitzung einberief. Der Fusionsbeschluß verletze den Geist des Abkommens von Lagos vom August 1979, das von elf politischen Fraktionen des Tschad nach Vermittlung durch die OAU unterzeichnet worden war. Mit diesem Abkommen beschlossen die Fraktionen im Tschad, ihren Bürgerkrieg zu beenden und im November 1979 eine vereinigte

Übergangsregierung zu bilden, die 18 Monate im Amt sein sollte.

Eine solche Übergangsregierung sei ganz einfach nicht dazu berechtigt, einen so fundamentalen Beschluß wie den einer Fusion mit einem anderen Staat zu fassen. Beijing nennt die Vereinigung schlicht eine "Intervention Libyens in den Tschad". U.a. seien heute 6.000 libysche Soldaten im Tschad stationiert, die über moderne sowjetische Waffen verfügten (XNA, 20.12.80). Der Vorschlag zur Vereinigung war keine freiwillige Aktion, sondern eine Annexion des Tschad durch Libyen. Möglicherweise wolle Libyen unter Führung Ghadhafis einen "Vereinigten Staat Sahara" gründen, der eines Tages vielleicht sogar noch Senegal, Niger, Mali, Gambia und den Tschad umfassen würde. Höchste Aufmerksamkeit sei erforderlich.

Offensichtlich sieht Beijing hinter Libyen die Sowjetunion. Aus diesem Grund auch hatte Beijing gegen die Entsendung französischer Fremdenlegionäre nichts einzuwenden, die die Souveränität der ehemaligen französischen Kolonie Tschad gegen Libyen beschützen sollen (Radio Beijing in SWB, 21.11.80).

-we-

(6) China und Zimbabwe

Nachdem die chinesische Außenpolitik beim Kampf gegen die portugiesische Kolonialpolitik in Angola und dann später bei den innerangolanischen Auseinandersetzungen auf das falsche Pferd, nämlich die "Unita", gesetzt hatte, konnte die Sowjetunion in dem südostafrikanischen Land Fuß fassen und brauchte eine Zeitlang die chinesische Konkurrenz nicht zu fürchten. In Zimbabwe, dem ehemaligen Rhodesien, das am 18. April 1980 unabhängig wurde, haben sich die Verhältnisse nun umgekehrt: Dort zeigte China eine ausgesprochen glückliche Hand bei der Unterstützung der Partei Robert Mugabes, der denn auch nach Übernahme des Ministerpräsidentenamtes schon im Oktober 1980 den Chinesen einen Besuch abstattete, der sich übrigens auch gleich bezahlt machen sollte: Die Chinesen stellten einen Kredit von 26,6 Mio. US\$ zur Verfügung und versprachen technische Zusammenarbeit beim Aufbau Zimbabwes.

Während Beijing konsequent die Zimbabwe African National Union (Zanu) während des siebenjährigen Guerillakriegs um Rhodesien unterstützt hatte, war Moskau hinter Joshua Nkomo, dem Führer der Zimbabwe African People's Union (Zapu), gestanden. Es hat bis heute noch keine Botschaft in Salisbury errichten können, während die Chinesen sofort nach der Unabhängigkeitserklärung nicht nur eine Botschaft, sondern auch eine Xinhua-Korrespondentenstelle einrichteten. Schon am 18. April 1980 hatte Außenminister Huang Hua in Salisbury an den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten in Zimbabwe teilgenommen und war dort u.a. mit Repräsentanten der Auslandschinesengemeinde in Zimbabwe zusammengetroffen.

Beide Staaten verstehen sich auch insofern recht gut, als Zimbabwe eine Wirtschaftspolitik verfolgt, die derjenigen Chinas seit 1979 ähnelt. Beide legen - trotz sozialistischer Orientierung - Wert auf Teilautonomie der Betriebe, stellen die Landwirtschaft in den Vordergrund und räumen der Eigeninitiative, dem materiellen Anreiz und ausländischen Investitionen weiten Raum ein.

In einigen Punkten scheint es allerdings auch Differenzen zu geben:

- So beispielsweise unterstützt Mugabe die Polisario, also die Befreiungsbewegung der Sahara, hinter der auch die Sowjetunion und Algerien stehen, während China sich hinter Marokko stellt.

- Mugabe hat auch amerikanische Bemühungen kritisiert, in Somalia und Kenia militärisch Fuß zu fassen, während Beijing durchaus daran interessiert ist, die Amerikaner für stärkeres Engagement in der Golfregion und im Westen des Indischen Ozeans als Gegengewicht zu der dort wachsenden Sowjetpräsenz zu gewinnen.

-we-

ASIEN

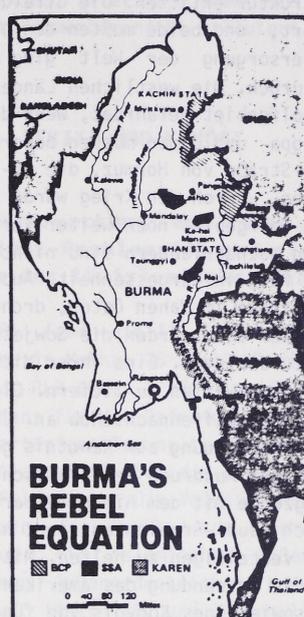
(7) Ministerpräsident Zhao Ziyang bei seiner ersten Auslandsreise: Birma

Nachdem der birmanische Staatspräsident U Ne Win vom 20.-25. Oktober Beijing besucht hatte (und zwar zum elften Mal seit seinem Amtsantritt i.J. 1962), hat nunmehr der neue chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang auf seiner außenpolitischen Jungferreise einen Gegenbesuch abgestattet, und zwar vom 26.-29. Januar 1981. Birma hatte in der stillen und abgeklärten Art, die der Diplomatie dieses Landes eigen ist, schon vor diesem Besuch zwischen Thailand und Vietnam zu vermitteln versucht, dabei den Vietnamesen aber nur das Zugeständnis zweiseitiger Verhandlungen zwischen Hanoi und Bangkok abringen können. Auch hatte Birma sich als Gastland für diese Gespräche angeboten (SWB, 22.12.80). Zu einer internationalen Kambodscha-Konferenz, wie sie von der UNO beschlossen worden war, hat Birma die Vietnamesen also offensichtlich nicht zu überreden vermocht. Gleichwohl dürften die Chinesen höchst wohlwollende Beobachter der birmanischen Vermittlungsaktion gewesen sein.

Bei den Bankettreden hielt sich der birmanische Ministerpräsident U Maung Maung Kha an das Thema der "traditionellen Freundschaft" zwischen beiden Völkern, während Zhao Ziyang kein Blatt vor den Mund nahm und von den "Spannungen in Südostasien - verursacht durch große und kleine Hegemonisten" - sprach (XNA in SWB, 28.1.81), um allerdings dann ebenfalls in das Thema der "traditionellen Freundschaft" einzufallen. Zhao besuchte mehrere birmanische Betriebe, darunter eine Textilfabrik, die mit technologischer und finanzieller Hilfe Chinas errichtet worden war (XNA, 28.1.81). Auch ein Joint Venture, das zwischen Birma, Japan, der Bundesrepublik Deutschland und der CSSR betrieben wird, war Ziel des chinesischen Besuchs (XNA, 30.1.81). Zhao ließ es sich nicht nehmen, auch die Goldene Pagode, die "Shwedagon", in Rangoon zu besuchen, wo er - den Gepflogenheiten des Landes folgend - barfuß zu gehen hatte und wo er dann dreimal auch einen alt-ehrwürdigen Gong schlug - eine Geste, die Ausdruck der chinesischen Freundschaft für das birmanische Volk sein sollte (XNA, 29.1.81).

Soviele Gesten von "Frieden und Freundschaft" ließen die vietnamesische Propaganda nicht ruhen. Weit davon entfernt, den Birmanen Frieden zu bringen, habe China in den vergangenen dreißig Jahren eine Doppelpolitik gegenüber dem südlichen Nachbarn betrieben: Nach außenhin wurde der Schein der Freundschaft und der Zusammenarbeit gewahrt, insgeheim aber unterstützte China jahrelang die regierungsfeindlichen Terroristen, vor allem die kommunistische Weiße Flagge und die Kachin Independent Army. Auch die Karen National Union und die Shan State Army (SSA) seien von China unterstützt worden. Vor allem habe Beijing stets darauf hingearbeitet, für die Aufständischen sog. "befreite Zonen" innerhalb von Birma

zu errichten (Radio Hanoi in SWB, 30.1.81). Birma, das sich seit 1947 im Bürgerkrieg befindet, sei ein ideales Sprungbrett für China nach Südostasien (MD Asien, 3.10.80, S.3).



FFER, 31.8.79

Im Gegensatz zu solchen Behauptungen stellen Berichtersteller fest, daß der Widerstand der Rebellen nachgelassen habe und daß weniger birmanische Regierungssoldaten fielen, seit Deng Xiaoping Anfang 1978 Rangoon besucht habe. Bis dahin gab es monatlich rund 300 gefallene Regierungssoldaten, seitdem sind es nur noch 100 bis 200 (so FEER, 31.8.79, S.11).

Über das chinesische Dilemma, von der Weißen Flagge nicht loslassen zu können, weil sonst vielleicht die Sowjetunion und Vietnam in das entstehende Vakuum nachstoßen würden, ist bereits in C.a. (Oktober 1980, 0 6) berichtet worden.

-we-

(8) Bald neues chinesisch-japanisches Luftfahrtabkommen?

Am 24.1.1981 wurden dreitägige Verhandlungen über ein neues, zusätzliches Luftfahrtabkommen zwischen der VR China und Japan abgeschlossen. Als Ergebnis der Verhandlungen einigten sich beide Seiten auf folgende Übereinkunft: Die nationalen Fluggesellschaften JAL (Japan) und CAAC (VRC) werden ihre Flüge über Beijing, bzw. Tokyo hinaus erweitern. Die VRC wird ihre Flüge mit Maschinen vom Typ Boeing-747 SP zweimal wöchentlich über Tokyo nach New York führen, im Gegenzug dürfte die JAL ihre Flüge via Beijing auf die KarakorumRoute ausdehnen (Typ DC-8) - auch hier sind zwei Flüge pro Woche geplant. Die chinesische Seite ersuchte weiter um die japanische Zustimmung für eine Ausweitung der chinesischen Flüge via Japan nach drei anderen Punkten in den USA; d.h. eine Revision des Luftfahrtabkommens von 1974 wäre nötig, denn 1974 war der CAAC eine Flugverbindung nach vier Punkten in Südamerika zugestanden worden; bisher wurde in diesem Punkt keine Einigung erzielt. Beide Seiten einigten sich aber weiter auf eine Ausweitung der Sitzkapazität bei Flügen zwischen Beijing und Tokyo um 40% der bisher beiden Gesell-

schaften zugestandenen 1.770 Plätze; diese Regelung soll im April 1981 in Kraft treten (Kyodo, 24.1.81/SWB, 27.1.81).

Am 27.1.81 stimmte das japanische Verkehrsministerium einem Antrag der PanAm zu, via Tokyo nach Beijing zu fliegen. Ab 29.1.81 wird die PanAm folgende Routen bedienen können: New York-Tokyo(Narita)-Beijing und San Francisco-Tokyo(Narita)-Shanghai-Beijing, jeweils ein Flug pro Woche. Im April wird ein weiterer wöchentlicher Flug San Francisco-Tokyo(Narita)-Beijing hinzukommen (AS, 28.1.81).

-p-

(9) Südostasienreise des japanischen Regierungschefs: Lob aus Beijing - Kritik aus Hanoi

Zum erstenmal in der japanischen Nachkriegsgeschichte begann ein neuer japanischer Ministerpräsident seine Auslandsreisen nicht mit einem "Antrittsbesuch" in Washington, sondern mit einer demonstrativen Reise durch die ASEAN-Länder. Mag auch der Präsidentenwechsel in den USA diese Entscheidung beeinflussen haben - Ministerpräsident Suzuki weiß hinter sich die öffentliche Meinung Japans, die nachdrücklich ein stärkeres Engagement des Landes in Südostasien befürwortete (vgl. "Asahi"-Leitartikel, 18.7.1980.).

Anlässlich seines Besuches in Thailand umriß Suzuki mit kräftigen Strichen Japans Grundhaltung zum Kampuchea-Problem; mit dieser Deutlichkeit war die japanische Bereitschaft, an der Lösung des Konfliktes aktiv mitzuwirken, selten ausgesprochen worden:

1. Japan unterstützt den ASEAN-Plan für eine internationale Kampuchea-Konferenz und appelliert an UN-Generalsekretär Waldheim, die notwendigen Schritte zu unternehmen.

2. Japan fordert Vietnam auf, unverzüglich und ohne Vorbedingungen einer solchen Konferenz zuzustimmen. Weiter solle Vietnam unverzüglich seine Invasionstruppen aus Kampuchea abziehen, um dort "wieder Frieden herzustellen" und um eine Situation zu schaffen, in der das Volk Kampuchreas allein und frei über seine Zukunft entscheiden kann.

3. "Sobald der Friede in Indochina wiederhergestellt ist, wird Japan soweit wie möglich am Wiederaufbau Indochinas mitarbeiten" (Kyodo, 19.1.1981, SWB, 21.1.1981).

Hanoi antwortete mit heftiger Kritik an Suzukis Äußerungen:

1. Japan macht sich zum Komplizen der Verbrechen Pol Pots, indem es bewußt die tatsächliche Lage verzerrt darstellt. Die freundschaftliche, selbstlose Zusammenarbeit Vietnams mit dem Volk von Kampuchea hat inzwischen zu einer stetig verbesserten Situation in Kampuchea geführt.

2. Die Beschimpfungen und Verdrehungen, die Suzuki gegen Vietnam richtete, zeigen, daß Japan sich zum Helfershelfer des chinesischen Expansionismus macht; dadurch wird Japan noch nachträglich zum Mitschuldigen, denn Beijing stütze schließlich Pol Pot seit langem. Dieser aber sei längst in die Reihe der "Hitler, der faschistischen Mussolini-Clique in Italien und dem Kaiser von Japan!" gestellt worden.

Japan strebe mit seiner Werbung um die ASEAN-Staaten nichts anderes als die Wiederbelebung der "Groß-ostasiatischen Wohlstandssphäre" (Anm.: die ideologische Grundlage der japanischen Expansion im Pazifischen Krieg) an (Radio Hanoi, 20.1.1981, SWB, 22.1.1981).

Vietnam ist offensichtlich auch besorgt darüber, daß Japans Haltung es den indochinesischen Staaten zusätzlich erschweren könnte, die ASEAN zu einer Annäherung an den Standpunkt Hanoi zu bringen: "Es wird aus Suzukis rhetorischen Ausführungen deutlich, daß die japanische Administration (n.b.: nicht das Volk!) sich mit der chinesischen Führung (dto.!), den USA und anderen reaktionären Kräften zusammengetan hat, um die Spannungen entlang der thailändisch-kampucheanischen Grenze und anderswo in Südostasien anzufachen, um Hindernisse für den Dialog zwischen den ASEAN-Ländern und den indochinesischen Nationen zu bauen" ("Nhan Dan", 21.1.1981, SWB, 23.1.1981). Eine internationale Konferenz über Kampuchea ist nicht notwendig, denn das kampucheanische Volk hat seit zwei Jahren versucht, seine Probleme selbst zu lösen - "heute gibt es kein Kampuchea-Problem mehr" (Radio Hanoi in Thai, 20.1.1981, SWB, 23.1.1981). Will Japan zu einem Abzug vietnamesischer Truppen aus Kampuchea beitragen, braucht Tokyo nur die "chinesischen Kriegshetzer dazu zu bringen, von ihren Aggressions- und Annektionsplänen gegen Kampuchea und Vietnam abzulassen". (Ebd.)

China begrüßte die Reise Suzukis grundsätzlich und wies darauf hin, daß Japan offensichtlich von seiner ausschließlichen "Rohstoff-Außenpolitik" abkommen will, um sich in Südostasien zu engagieren. "Es ist kein Zufall, daß ein solcher neuer Trend in der japanischen Diplomatie gegenüber den ASEAN-Ländern hervortritt. Der sowjetische Sozialimperialismus beharrt nicht nur darauf, Japans nördliche Territorien (i.e. die Kurilen-Inseln) besetzt zu halten, er hat sich auch wiederholt Verletzungen des japanischen Luftraums und seiner Hoheitsgewässer zuschulden kommen lassen. Sowohl die Regierung als auch die Oppositionsparteien verlangen nach wirksamen Maßnahmen gegen die sowjetische Bedrohung" (XNA, 21.1.1981). Anlässlich eines Treffens zwischen dem chinesischen Botschafter in Tokyo, Fu Hao, und dem japanischen Außenminister Ito Masayoshi bezeichnete Fu die Reise Suzukis als großen Erfolg, der einen Beitrag zur Stabilitätssicherung in Asien geleistet habe. Hinsichtlich des ASEAN-Plans für eine internationale Kampuchea-Konferenz gab der chinesische Botschafter jedoch keinen Kommentar ab (Kyodo, 28.1.1981, SWB, 31.1.1981); der Grund lag auf der Hand: China hatte bereits bei den Ministergesprächen vom November 1980 als Vorbedingung einer solchen Konferenz den sofortigen Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea genannt. (Vgl. C.a. November 1980, S.930.)

-P-

Wieder Annäherung zwischen KP Japans und KPCh?

Obwohl Japans Kommunisten seit dem Bruch mit Beijing im Jahre 1966 stets jeden Gegner der chinesischen KP unterstützt haben und 1979 sogar ihr ebenfalls stark gestörtes Verhältnis zur Sowjetunion reparierten, scheinen sich neuerdings von beiden Seiten zögernd Fühler auszustrecken. Die chinesische Partei hat zwischen 1968 und 1972 (Normalisierung der Beziehungen Japan-China) und auch in den Jahren bis 1978 immer den Kontakt zu anderen japanischen Oppositionsparteien gesucht - etwa dem prochinesischen Flügel der Sozialistischen Partei oder aber in besonderem Maße der buddhistischen Komeito -, während Japans Kommunisten beschimpft oder ignoriert wurden; auch die selbstbewußte KPJ-Führung lehnte bislang jede Kontaktaufnahme aus eigener Initiative ab. (So beschuldigte KPJ-Chef Miyamoto die VRCh noch 1977 des "Großmacht-Chauvinismus", AS, 8.11.1977.) Offenbar aber versucht die KPCh-Führung jetzt, das Afghanistan-Dilemma der japanischen Kommunisten auszunutzen: Sowjetische Truppen marschierten genau zwei Tage nach der feierlichen Normalisierung zwischen KPSU und KPJ in Afghanistan ein; und die

KPJ sah sich zu harter Kritik an der UdSSR gezwungen, um nicht die eigene Glaubwürdigkeit zu verlieren. Zum erstenmal seit dem Bruch zwischen der chinesischen und der japanischen KP hat jetzt die "Volkszeitung" einen Grundsatzartikel des KPJ-Zentralorgans "Akahata" (Rote Fahne) nachgedruckt, und japanische Sicherheitskräfte gehen von "geheimen Kontakten" zwischen beiden Parteien aus (Kyodo, 30.1.1981, SWB, 31.1.1981).

-p-

(11) Besuch des nordkoreanischen Ministerpräsidenten in China

Li Jong Ok, Ministerpräsident der VDR Korea, besuchte vom 10.-14. Januar die VR China und traf dort mit sämtlichen Spitzenmitgliedern der Beijinger Führung - mit Ausnahme Hua Guofengs - zusammen.

Ob es dabei zu Absprachen militärischen oder wirtschaftlich-technischen Inhalts gekommen ist, wurde von der Presse nicht bekanntgegeben. Viel war von der "traditionellen chinesisch-koreanischen Freundschaft" die Rede, die mit "Blut besiegelt" sei.

China unterstützt die vom VI. Parteitag der Koreanischen Arbeiterpartei unterbreiteten Wiedervereinigungsvorschläge für die Schaffung einer Demokratischen Föderierten Republik Korea und die Zehn-Punkte-Politik für die Konföderierte Republik.

Li Jong Ok andererseits verlangte, daß die USA ihre Truppen aus Südkorea abziehen und dadurch eine unabhängige Wiedervereinigung des Landes ermöglichen (XNA, 10.1.81). Obwohl die Chinesen auf solche Forderungen Lippenbekenntnisse leisten, sind sie doch immer weniger davon begeistert, da die amerikanische Präsenz im asiatisch-pazifischen Raum als Gegengewicht zur vordringenden Sowjetunion unverzichtbar erscheint.

Daß die koreanisch-chinesischen Beziehungen dicht sind, geht allein aus der Tatsache hervor, daß i.J. 1980 nahezu hundert Austauschprogramme in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gesundheitswesen, Presse, Kultur, Kunst und Sport abgewickelt wurden.

Li Jong Ok reiste anschließend nach Birma weiter. Es ist bekannt, daß Pjongyang die Besetzung Kambodschas durch Vietnam von Anfang an scharf mißbilligt hatte.

-we-

(12) Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang in Thailand (30.1.-3.2.1981)

Im Anschluß an seinen Birma-Besuch kam Zhao Ziyang auf seiner ersten außenpolitischen Mission nach Thailand. Viel Neues gab es dabei nicht zu besprechen, da Außenminister Huang Hua vom 6.-10. Mai 1980 bereits alle wichtigen Fragen diskutiert hatte. Die chinesisch-thailändischen Gemeinsamkeiten (über die Ursache des Flüchtlingsproblems, den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha, die Unterstützung der DK-Regierung, die Teilnahme an einer internationalen Kambodscha-Konferenz, den chinesischen Beistand für Thailand im Falle eines vietnamesischen Angriffs, die Perception der Sowjetunion in Südostasien usw.) sind so ein-drucksvoll, daß Dissense (z.B. Mißtrauen Thailands in der Frage der Unterstützung thailändischer Kommunisten durch Beijing) nahezu verschwinden (Einzelheiten in C.a., Juli 1980, 0 6)..

Wirklich neu an den Erklärungen Zhaos in Thailand war lediglich die chinesische Vier-Punkte-Begründung für die Ablehnung des vietnamesischen Vorschlags zur Abhaltung einer Regionalkonferenz (Näheres dazu im Indochina-Bericht des vorliegenden Heftes unter B/I/2).

Im übrigen wurde bekanntgegeben, daß sich der Handel zwischen China und Thailand in den letzten drei Jahren substantiell erhöht habe. Das Handelsvolumen des Jahres 1979 beispielsweise überstieg das des Jahres 1978 um das Zweieinhalbfache. 1980 wurde abermals ein 30%iges Ansteigen gegenüber 1979 registriert. Inzwischen handelt man nicht nur Nahrungsgetreide, Kochöle und Handwerksprodukte, sondern auch Chemikalien, Maschinen und Textilien. Als bemerkenswert wurde vor allem die Speiseöl-Ausfuhr Chinas an Thailand herausgestellt.

Darüber hinaus sei es 1980 zum Austausch von rund hundert chinesischen und thailändischen Delegationen gekommen (XNA, 30.1.81).

Zwei wichtige Fragen interessierten vor allem die thailändische Öffentlichkeit, nämlich die Form der versprochenen Unterstützung Thailands durch China und die Frage der Verwicklung Chinas in die thailändische Terroristenszene.

- Über die Form der Unterstützung wollte Zhao nichts Näheres sagen. Er wiederholte allerdings am 30. Januar noch einmal das feierliche Versprechen, daß China im Falle eines Angriffs "fremder Truppen" auf Thailand mit seiner Unterstützung nicht zögern werde (XNA, 31.1.81). Die Form dieser Unterstützung allerdings hänge von der "konkreten" Angriffssituation ab (so bei einer Pressekonferenz am 1.2. in SWB, 2.2.81).

- Bei derselben Pressekonferenz fragte ein Journalist der "Asia Week" nach der chinesischen Verwicklung in die thailändische Aufständischenszene, wobei er auf Aussagen malaysischer und thailändischer Kommunisten verwies, die vorher bereits in "Asia Week" veröffentlicht worden waren (Asia Week, 23.1.81, S.17-22). Einer der Oberläufer, Seksan, der bei den Studentendemonstrationen gegen Thanom und Prapas 1973 und 1976 die Schlüsselfigur in der National Students Center of Thailand (NECT) war, später dann in den Dschungel floh, dort in den Reihen der KPTh arbeitete und sich im Oktober 1980 der Regierung stellte, hatte angedeutet, daß Beijing nach wie vor eine ambivalente Politik betreibe: Auf der einen Seite behaupte Beijing gegenüber der Regierung in Bangkok, daß es seine Hilfe an die KPTh eingestellt habe; auf der anderen Seite habe es den KPTh-Führern versichert, daß es technisch nicht möglich sei, ihnen Hilfe zukommen zu lassen. Jahrelang hatte die KPTh ja in Laos einen festen Rückhalt gehabt und von dorthier auch ihren - meist von China gelieferten - Nachschub bezogen. Seit der festen Anbindung der Laoten an Vietnam aber habe dieser Zustrom aufgehört (ebenda, S.21). Sollte die Einstellung der chinesischen Hilfe für die KPTh nur aus technischen, nicht aber aus prinzipiellen Erwägungen heraus erfolgt sein?

Zhao Ziyang wich der Frage des "Asia Week"-Korrespondenten vorsichtig aus. Hierin unterschied er sich deutlich von Deng Xiaoping, der noch 1978 in Thailand auf ähnliche Fragen geantwortet hatte, China sei von seinem Gesellschaftssystem her verpflichtet, Freunde in aller Welt zu unterstützen. Zhao Ziyang beschränkte sich im Gegensatz dazu auf die Bemerkung, daß "unsere Beziehungen zu den kommunistischen Parteien in den ASEAN-Ländern hauptsächlich politischer und moralischer Natur sind. Wir werden uns weiterhin darum bemühen, daß unsere Beziehungen zu den kommunistischen Parteien der ASEAN-Staaten unsere Freundschaft und Zusammenarbeit mit

den Regierungen dieser Länder nicht beeinträchtigen" (XNA, 1.2.81). Die KPCh fördere keinen Export der Revolution und bekämpfe Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. China sei der Ansicht, daß das politische und wirtschaftliche System eines Landes von dessen Volk selbst gewählt und entschieden werden solle. Es stehe auf der Grundlage der 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Ob die thailändische Regierung mit dieser Antwort zufrieden war?

-we-

INNENPOLITIK

(13) Betonung des Zentralismus und ideologische Remobilisierung: Politbüro und ZK faßten im November/Dezember 1980 Beschlüsse zur Sanierung der Wirtschaft, zur Stabilisierung der politischen Lage und zu Personalfragen

Die Massenmedien in der Volksrepublik China und die kommunistischen Publikationen in Hongkong haben im Januar 1981 bestätigt, daß das ZK der Kommunistischen Partei Chinas im Dezember 1980 eine Arbeitstagung abgehalten hat, auf der weitreichende Beschlüsse zur Sanierung der Wirtschaft und zur Stabilisierung der politischen Lage gefaßt wurden. Die Dokumente der ZK-Arbeitstagung wurden zwar auch außerhalb der Partei verbreitet, jedoch nicht in den Massenmedien abgedruckt. Allerdings veröffentlichten die chinesischen Massenmedien im Januar 1981 mehrere Leitartikel, in denen indirekt die Beschlüsse der ZK-Arbeitstagung teilweise bekanntgegeben wurden. Eine Auswertung der Volkszeitung, der Roten Fahne, verschiedener Provinz- Rundfunkmeldungen und der KPCh-orientierten Hongkonger Zeitschriften Dongxiang und Zhengming ergibt folgendes Bild über die ZK-Arbeitstagung und ihre Beschlüsse:

Vorbereitet wurde die Arbeitstagung des Zentralkomitees auf einer Sitzung des Politbüros, die - mit Unterbrechungen - vom 13. November bis 5. Dezember 1980 stattfand. Neben Maßnahmen zur Sanierung der Wirtschaft und zur Stabilisierung der politischen Lage soll sich das Politbüro auch mit der künftigen Besetzung des Parteivorsitzes und des Vorsitzes der ZK-Militärkommission beschäftigen haben. Angeblich hat das Politbüro einstimmig der "Bitte" Hua Guofengs zugestimmt, ihn von seinen Ämtern als Parteivorsitzender und als Vorsitzender der ZK-Militärkommission zu entbinden. Während Hua künftig im Politbüro als stellvertretender Parteivorsitzender (und damit Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros) verbleiben soll, soll Hu Yaobang neuer Parteivorsitzender werden, und Deng Xiaoping soll den Vorsitz der ZK-Militärkommission solange übernehmen, bis ein anderer politisch zuverlässiger und fachlich qualifizierter Kandidat gefunden ist, der mit einer Mehrheit im Politbüro bzw. im Zentralkomitee rechnen kann. Dieser Beschluß des Politbüros bedarf jedoch noch der formellen Bestätigung durch die bevorstehende 6. Plenartagung des XI. ZK der KPCh bzw. durch den XII. Nationalen Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. Während Hua Guofeng formell noch als Parteivorsitzender und als Vorsitzender der ZK-Militärkommission fungiert, scheinen Hu Yaobang und Deng Xiaoping diese Ämter bereits faktisch auszuüben: Nicht Hua Guofeng als ZK-Vorsitzender, sondern ZK-Generalsekretär Hu Yaobang leitete den Neujahrsempfang des Zentralkomitees der KPCh (Hua war noch nicht einmal unter den Teilnehmern), und nicht Hua Guofeng, sondern Deng Xiaoping richtete "wichtige Instruktionen" an die Nationale Konferenz der Chinesischen Volksbefreiungsarmee über politi-

sche Arbeit, die vom 14. Januar bis zum 1. Februar 1981 stattfand und u.a. die Beschlüsse der ZK-Arbeitstagung vom Dezember 1980 zum Thema hatte.

Zehn Tage nach der vorbereitenden Sitzung des Politbüros begann am 15. Dezember die Arbeitstagung des ZK der KPCh, die bis zum 25. Dezember 1980 dauerte. Teilnehmer an dieser Konferenz waren die Mitglieder des Politbüros, des ZK-Sekretariats und des Staatsrats (Ministerpräsidenten und Minister), die Direktoren aller ZK-Abteilungen, die 1. Parteisekretäre der Provinzen, Autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte sowie die VBA-Kommandeure der Militärregionen. Auf der Tagesordnung standen u.a. folgende Themen:

1. Sanierung der Wirtschaft;
2. Stabilisierung der politischen Lage;
3. Prozeß gegen die "Viererbande" und die "Lin-Biao-Clique" (vor allem das Strafmaß für Jiang Qing und Zhang Chunqiao);
4. Bewertung Mao Zedongs und der Kulturrevolution;
5. Reform des Führungssystems der KPCh.

Mindestens drei Grundsatzreden wurden auf dieser ZK-Arbeitstagung gehalten, und zwar zu den zentralen Themen: Sanierung der Wirtschaft und Stabilisierung der politischen Lage. So hielt Chen Yun eine Rede über notwendige Maßnahmen zur Wirtschaftssanierung, in der er eine radikale Kürzung der schwerindustriellen Investitionsprojekte forderte und verlangte, bereits 1981 wieder ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen staatlichen Einnahmen und Ausgaben zu erreichen, um eine weitere Inflation zu vermeiden. ZK-Generalsekretär Hu Yaobang soll über die personelle Ausrichtung, d.h. die Säuberung der KPCh von politisch unzuverlässigen Mitgliedern, gesprochen haben. Die Abschlußrede auf der ZK-Arbeitstagung hielt Deng Xiaoping, der sich u.a. für eine weitere Stärkung der Parteiführung aussprach und zu einem scharfen Vorgehen gegen politische Oppositionelle aller Schattierungen aufrief. Die im folgenden aus verschiedenen Presse- und Rundfunkmeldungen versuchsweise rekonstruierten Beschlüsse der ZK-Arbeitstagung dürften im wesentlichen den Inhalt der Reden von Chen Yun, Deng Xiaoping und Hu Yaobang widerspiegeln.

Den Hintergrund der ZK-Arbeitstagung und ihrer Beschlüsse zur Sanierung der Wirtschaft und zur Stabilisierung der politischen Lage bildeten offenbar die Inflation des Jahres 1980 und ihre sozialen Folgen. Die Geldentwertung war im wesentlichen dadurch verursacht worden, daß die chinesische Regierung in großem Umfang zusätzliches Geld in Umlauf gebracht hatte, um das Haushaltsdefizit in Höhe von rund 17 Mrd. Yuan RMB i.J. 1980 decken zu können. Die Inflation hat offenbar bereits einen Großteil der letzten Lohnerhöhungen und Lohnzuschläge für die städtischen Arbeiter und Angestellten aufgefressen - es gibt sogar Berichte, daß das städtische Realeinkommen gesunken ist. Die Unzufriedenheit der Arbeiter über diese Entwicklung soll sich bereits in mehreren Streiks und Kundgebungen ausgedrückt haben. Eine Fortsetzung der inflationären Entwicklung könnte für die gegenwärtige chinesische Führung um Deng Xiaoping politisch sehr gefährlich werden, wenn es zu einer spontanen Koalition verschiedener unzufriedener Kräfte, die es vor allem in den Städten gibt (darunter 20 Millionen Arbeitslose und die desillusionierte kulturrevolutionäre Jugend), käme. Größere Unruhen, wie Streik- und Demonstrationswellen, könnten nur von der VBA niedergeschlagen werden, die dafür wieder mehr an politischem Einfluß gewinnen würde. Die Parteiführung hat diese Gefahren offenbar erkannt. Yang Yichen, 1. Parteisekretär der Provinz Heilongjiang, hat dies auf der Arbeitskonferenz des Provinzkomitees der KPCh von Heilongjiang im Januar 1981 am deutlichsten ausgesprochen: "Worin besteht die Ge-